

# Calmer Calmbach

Nr. 286

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G.-Pf. Reklamen 10 G.-Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Donnerstag, den 6. Dezember 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Erlegerlohn 600 RM. wöchentlich. Postbezugspreis 600 RM. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

**Im Reichstag wurde gestern die Aussprache über die Regierungserklärung begonnen. Das Ermächtigungsgesetz wurde in erster und zweiter Lesung angenommen, und dürfte auch bei der dritten Lesung die notwendige Zweidrittel-Mehrheit erhalten, da die Sozialdemokraten auf Grund eines Kompromisses mit den Mittelparteien für das Gesetz stimmen werden. Die Deutschnationalen haben erklärt, daß sie das Gesetz ablehnen und ihre Auffassung von der Notwendigkeit der Auflösung des Reichstags beibehalten.**

**Sowohl die preussische Regierung wie die Reichsregierung stehen jetzt auf Grund gegenseitiger Aussprache auf dem einzig richtigen Standpunkt, daß die Frage der Lösung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Rheinlands nur im Rahmen des Reichs und der Länder geregelt werden könne.**

**Der bayerische Ministerpräsident hat im Landtagsauschuß eine Rede über die politische Lage gehalten, in der er über den Hitlerputsch sprach und die mehr föderative Ausgestaltung des Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reich als Ziel Bayerns bezeichnete. In der bayerischen Regierung scheinen übrigens die Gegensätze doch schärfer zu sein, als man nach außen hin merken ließ. Der Finanzminister Dr. Krausned ist zurückgetreten, weil er sich über die Durchführung seines Programms mit seinen Ministerkollegen nicht zu verständigen vermochte.**

**In Hamburg sind Riesenschiefungen mit Chemikalien aufgedeckt worden, an denen große und angesehenere Firmen beteiligt sind.**

## Reichstag.

### Die Aussprache über die Regierungserklärung.

Berlin, 5. Dez. Im Reichstag leitete heute die Aussprache über die Regierungserklärung, womit die erste und zweite Beratung des Ermächtigungsgesetzes verbunden wird, Abgeordneter Schaidemann mit einer Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion ein, daß diese für das Ermächtigungsgesetz stimme unter der Bedingung, daß alle Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden, vorher einem besonderen Reichstagsauschuß, der jedoch über kein Einspruchsrecht verfügt, vorgelegt werden sollen. Sodann behauptete Redner, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien. In der Ausschaltung des Parlaments und der vorwiegenden Inanspruchnahme des Art. 48 der Reichsverfassung erblicke die Fraktion eine schwere Gefahr. Für die Verordnungen müsse die Regierung allein die Verantwortung tragen. Redner fordert weiter größere Anspannung des Volkswillens und andererseits vermehrte Schonung der beschlagnahmten Volksklassen. Er verbindet mit dem Verlangen nach Aufhebung des Ausnahmezustandes die Forderung auf Sicherung des Wahlrechts der Bevölkerung an Rhein und Ruhr. — Abgeordneter Dr. Haas (Zentr.) erklärt, daß weite Kreise im besetzten Gebiet kein Verständnis für die Regierungskrisen hätten. Er empfiehlt die Herstellung einer Parität zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt und weiter eine Prüfung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern. Das besetzte Gebiet müsse jeder Regierung den Kampf anlagen, die sich nicht eng verbunden fühle mit dessen Schicksal. Der Wille zu einer Verständigung mit Frankreich sei heute stärker denn je. Eine Verschiebung unserer Grenzen komme um keinen Preis in Frage. Der rheinische Separatismus habe nur Nahrung gefunden in dem französischen Druck, womit er aber bei den Deutschnationalen keinen Anklang findet. Das Rheinland sei eine internationale Frage. — Abg. Dr. Scholz versucht, den Parlamentarismus wieder zu Ehren zu bringen. Die Forderung nach Neuwahlen sei zwar verständlich, aber im Hinblick auf unsere Außenpolitik kaum erfüllbar. Die Deutsche Volkspartei werde dem neuen Kabinett nach jeder Richtung ihre Unterstützung leisten. — Abgeordneter Herzog (Deutschnational) kommt auf die Lage der Regierungsbildung zurück, um dem Vorredner zu beweisen, daß die Opposition ihre Verantwortung nicht von sich wies. Der Reichspräsident habe auf den offenen Brief seiner Partei ablehnend geantwortet und darauf erst sei es von ihr abgelehnt worden, etwas zu verantworten, was parlamentarisch keine Rechtfertigung finde. Er erklärt zum Schluß, daß die Deutschnationalen

ten der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könnten und dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen würden. — Abgeordneter Haas (Demokrat) hebt die sachliche Ueberlegung des neuen Kanzlers hervor und bedauert die fortgesetzten Krisen. Republik und Staat seien besser gesichert, wenn die Deutschnationalen nicht mitregierten. Der Redner empfiehlt eine Aussöhnung und Vereinigung der Bürger- und Arbeiterschaft und ermahnt die Sozialdemokraten, die Fortführung der bisherigen Politik nicht zu fördern. Die Haltung der Demokraten richte sich nach den Taten der Regierung. Siehe diese im Widerspruch zu der Auffassung der Demokraten, so könnten sie der Regierung nicht länger vertrauen. — Abgeordneter Leicht (Bayr. Volkspartei) stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu, spricht aber die Erwartung aus, daß die Regierung die in dem bayerischen Antrag niedergelegten föderalistischen Wünsche berücksichtigen werde und betont, daß der Eintritt Dr. Emmingers in das Kabinett seine Fraktion nicht binde. Abgeordneter Hille (Kommunist) geht nach einer Polemik auf die Regierungserklärung ein, in der er den Mantel steht, für den wirklichen Herrscher, General v. Seeckt. Er führt Beschwerde wegen der Auflösung seiner Partei, ebenso der folgende Redner, Abgeordneter v. Graefe (Deutschvölk.), der das Ermächtigungsgesetz in der in Aussicht genommenen Form ablehnt. Nachdem Abgeordneter Ledebour (U.S.P.) die Beschwerden der beiden Vorredner wegen des Verbotes ihrer Parteien unterstützt hatte, wird das Ermächtigungsgesetz mit dem Kompromißantrag betreffend die Anhörung eines 15er-Ausschusses in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet in der auf morgen nachmittags 3 Uhr angelegten Sitzung statt. Außerdem Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum und kleinere Vorlagen.

### Das Kompromiß über das Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 5. Dez. Die Koalitionsparteien haben, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, mit der Regierung eine Vereinbarung getroffen, da im Ermächtigungsgesetz folgender Satz eingefügt wird: „Vor Erlass der Verordnungen ist ein Ausschuß von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören.“ Die Koalitionsparteien und die Sozialdemokraten wollen dem Gesetz in dieser erweiterten Form zustimmen und man hofft, daß so eine Zweidrittelmehrheit zustandekommen wird. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß eine eventuelle Stimmenthaltung eines Teils der Sozialdemokraten trotzdem die Vorlage nicht zu Fall bringen würde. Die entscheidende Abstimmung dürfte morgen nachmittags vor sich gehen.

### Die Deutschnationalen für Reichstagsauflösung.

Berlin, 5. Dez. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, stellte die deutschnationalen Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung fest, daß es nach wie vor das Ziel der Deutschnationalen sei, dem im Volke vorhandenen Wunsch nach Neuwahlen Rechnung zu tragen. Die Fraktion beschloß einstimmig, dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen.

### Ein Antrag zum Schutz der Rechte des Reichstages im Falle der Auflösung.

Berlin, 6. Dez. Der „Voll. Ztg.“ zufolge haben der Reichstagspräsident und seine Parteigenossen einen auch von den 21 Mitgliedern des Verfassungsausschusses unterschriebenen Antrag eingebracht, wonach bei Art. 35 der Reichsverfassung eingefügt werden soll, daß ein Ueberwachungsausschuß die Rechte des Reichstages wahrnimmt auch für den Fall der Auflösung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages.

## Der bayerische Ministerpräsident zur inneren Lage.

Der bayerische Ministerpräsident über den Hitlerputsch.

München, 5. Dez. Im Ständigen Ausschuß des Landtags kamen am Mittwoch die sozialdemokratischen Anträge betreffend

Aufhebung des Belagerungszustandes und betreffend die Maßnahmen wegen des Hitler-Putsches zur Verhandlung. Gleich nach Eröffnung der Sitzung, an der auch die sämtlichen Staatsminister teilnahmen, nahm Ministerpräsident Dr. v. Künzing das Wort zu einer Rede über den Hitler-Putsch und die politische Lage in Bayern. Er erklärte zum Konflikt mit Berlin im Falle Lössow, es sei nicht unwahrscheinlich, daß eine für Bayern ehrenvolle Erledigung in nächster Zeit zu erwarten sei. Den Hitler-Putsch verurteilte er auf das Schärfste und bezeichnete den Vorfall im Bürgerbräukeller als einen räuberischen Ueberfall, wie er im Weltkrieg üblich sei. Das Ziel des Hitlerunternehmens sei gewesen: Gegen Berlin! Auch nach Berlin! Das deutsche Elend wäre namenlos gewesen, wenn das Hitlerunternehmen auch nur vorübergehend geglückt wäre. Jedenfalls stehe die Tatsache fest, daß jeder Umsturzversuch, bei dem sich Landespolizei und Reichswehr pflichtgemäß auf die Seite der staatlichen Ordnung stellen, rettungslos zusammenbrechen müsse. Ferner sei es ein wahnwitziger Gedanke gewesen, wenn es für möglich gehalten wurde, in einem Atemzug eine nationale Armee zu bilden. Das Unternehmen hätte nur das Ergebnis gehabt, daß wir in München und Bayern vor einem Trümmerhaufen gestanden wären. Auf Hitler bleibe immer haften, daß er das Vertrauen vieler Hunderte vaterländisch Gesinnter mißbraucht und der vaterländischen Sache den schwersten Abbruch getan hat. Der Ministerpräsident erklärte weiterhin, daß die Aburteilung der Schuldigen, selbst im Rahmen der Republikshilfsgesetzgebung, durch die bayerischen Gerichte erfolgen könne. Auf jeden Fall sei eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof vom bayerischen Standpunkt aus untragbar und nicht erdörtlich. Nachdem der Ministerpräsident von der neuen Reichsregierung nachdrücklich den verfassungsmäßigen Ausbau des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage verlangt hatte, kündigte er unter Hinweis auf die Notwendigkeit durchgreifender Sparmaßnahmen die Einbringung eines bayerischen Ermächtigungsgesetzes an und schloß mit einem Appell zum einmütigen Handeln aller staatsrechtlichen Kräfte unter starker Führung zur Rettung des Vaterlandes. Seine Ausführungen wurden mit besonderem Beifall auf der rechten Seite aufgenommen, als er den Putsch scharf verurteilte und es als eine der vornehmsten Aufgaben bezeichnete, das Reich auf der Grundlage des Bismarck'schen Staatenbundgedankens verfassungsmäßig auszubauen, und als er schließlich davon sprach, daß das Mutterland der Lostrennung der treuen Pfalz in keiner Weise zustimmen könne. Am Schluß seiner Rede forderte v. Künzing alle staatsrechtlichen Kräfte des Volkes zu einmütigem Handeln und zur Rettung des Vaterlandes auf und richtete weiter die Mahnung an alle, sich unter einer starken Führung zusammenzufassen, was er mit lebhaftem Beifall erwidert bekam. — Der Ausschuß trat hierauf in die politische Aussprache ein. Als erster Redner sprach der sozialdemokratische Abg. Timm.

## Um Ruhr und Rhein.

### Beratung im Reichskabinet über die Fragen des besetzten Gebiets.

Berlin, 6. Dez. Die gestrige Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern des Rheinlandes diente lediglich der Festsetzung der Tagesordnung für die heute Mittag um 1 Uhr beginnende sachliche Beratung. Bei der gestrigen Besprechung machte der Reichskanzler davon Mitteilung, daß innerhalb des Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Jares ein Rheinausschuß gebildet worden ist, dem der Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister und der Minister für die besetzten Gebiete angehören. Laut „Vorwärts“ soll in der heutigen Besprechung u. a. die Frage der Weiterunterstützung der Erwerbslosen und Sozialrentner im Ruhrgebiet behandelt werden, da die für diesen Zweck bewilligten 100 Millionen Rentenmark aufgebraucht seien. — In einer Versammlung in Stuttgart hatte der württ. Finanzminister Dr. Schall die Schwierigkeiten der Regelung dieser Frage dargelegt; wenn weitere Rentenmark ins besetzte Gebiet kommen, dann würde diese auch wieder der Entwertung anheimfallen, wenn man aber die Unterstützung aufgabe, sei das Rheinland gefährdet.

## Der preussische Ministerpräsident gegen die Autonomie des Rheinlands.

Berlin, 5. Dez. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages erklärte Ministerpräsident Braun nach einer Schilderung der Notlage im besetzten Gebiet, daß der aus den Parteien und wirtschaftlichen Verbänden gebildete 15er-Ausschuß in den Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission seine Zuständigkeit, die sich lediglich auf wirtschaftliche und soziale Fragen erstreckt habe, weit überschritten und die politischen und staatlichen Fragen über die staatliche Umgestaltung des Rheinlandes in den Vordergrund der Erörterungen gestellt habe, werde doch in gewissen Kreisen bereits von einem selbständigen Staatsgebilde am Rhein mit eigener Steuerhoheit und selbständiger Verwaltung gesprochen. Die Staatsregierung werde jedoch niemals ihr Hoheitsrecht über Rhein und Ruhr preisgeben. Gelingen es, die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, dann werde es möglich sein, dem besetzten Gebiet auch in sozialer Beziehung die Leistungen zu geben, die im unbesetzten Gebiet gewährt werden könnten. Die Bevölkerung des unbesetzten Gebiets müsse im übrigen bereit sein, auch das letzte Stück Brot mit den bedrängten Volksgenossen zu teilen.

## Die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit Preußen bezüglich der Rheinlandsfrage.

Berlin, 6. Dez. Im Reichskabinett wurde gestern die Beratung über die Rheinlandsfrage fortgesetzt. In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der preuß. Staatsregierung beschloß auch die Reichsregierung, daß die Lösung der Rheinlandsfrage nur im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung erfolgen kann.

## Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung für das besetzte Gebiet.

Berlin, 5. Dez. In der gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit dem preussischen Kabinett wurde bei der Aussprache über die Mittel zur Milderung der immer schwieriger sich gestaltenden wirtschaftlichen Lage insbesondere auch im besetzten Gebiet, der Beschluß gefaßt, Erwerbslosenunterstützungen künftighin in solchen Fällen nicht mehr zu zahlen, in denen von nachweislich vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht wird.

## Der fortdauernde Geldbrauch.

Berlin, 5. Dez. Am 30. v. M. ließ die französische Besatzungsbehörde auf der Reichsbankstelle Düsseldorf 63 000 Billionen Mark Reichsbanknoten beschlagnahmen.

## Eine deutsche Protestnote an Belgien.

Berlin, 5. Dez. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat der belgischen Regierung eine Note überreicht, in welcher die deutsche Regierung gegen die Liquidierung des in Duisburg beschlagnahmten Eisenbahnmateriale protestiert, aus dessen Erlös als Entschädigung für die Familie des getöteten belgischen Leutnants Graf und an das belgische Rote Kreuz zusammen 1 250 000 Francs bezahlt werden sollen. Die deutsche Regierung bedauert, feststellen zu müssen, daß die belgische Regierung ihre Macht im besetzten Gebiet mißbraucht, anstatt diese reine Rechtsfrage entsprechend dem Vorschlag der deutschen Regierung dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten, der die berufenste Instanz für die unparteiische und gerechte Erledigung der Angelegenheit gewesen wäre. Die Note stellt ferner fest, daß die belgische Regierung für die Erschießung des deutschen Polizeibeamten Chmielewski, die mit dem Falle Graf aufs engste zusammenhängt, noch nicht die geringste Entschädigung gezahlt habe.

## Um die Teilnahme Amerikas.

London, 6. Dez. Das Reutersche Büro erfährt, daß in London nichts Endgültiges über die Haltung bekannt sei, die die Washingtoner Regierung wahrscheinlich gegenüber dem neuen Plan der Reparationskommission für die Untersuchung der deutschen Finanzen einnehmen werde, aber es werde gehofft, daß die Vereinigten Staaten sich in der Lage sehen werden, in dem Untersuchungsausschuß vertreten zu sein. Auf jeden Fall liege die Frage der offiziellen Beteiligung Großbritanniens in Abwesenheit der Vereinigten Staaten vollkommen in den Händen der Reparationskommission in Paris.

## Die Frage der amerikanischen Lebensmittelkredite für Deutschland.

London, 5. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit: General Logan, der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission, ist im Begriff, seine alliierten Kollegen in der Frage der Lebensmittelkredite zu sondieren, die die Vereinigten Staaten im Laufe des gegenwärtigen Winters Deutschland zu gewähren bereit sind. Der ursprüngliche Betrag der Kredite war auf 30—35 Millionen Dollar in Aussicht genommen. Es ist aber, wie ich höre, wohl möglich, daß diese Kredite bis annähernd den doppelten Betrag gesteigert werden sollen. Andererseits werden die Vereinigten Staaten bezüglich der von Deutschland zu stellenden angemessenen

## Amtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. Erwerbslosenfürsorge.

I.

Für die Woche vom 25. November bis 1. Dezember 1923 sind die Erwerbslosenfürsorgeleistungen in derselben Höhe wie bisher (zu vergl. Calwer Tagbl. Nr. 279 vom 28. Nov. 23) festgesetzt worden. Eine Restzahlung für die vergangene Woche ist deshalb am Dienstag, den 4. Dezbr. ds. Js. nicht zu leisten. Die Fürsorgeträger werden jedoch ermächtigt, im Bedarfsfalle in Abweichung von der in Abschnitt II der Bekanntmachung und Verfügung des Arbeitsministeriums, betr. Erwerbslosenfürsorge, vom 17. Oktober 23 (Staatsanzeiger Nr. 243) vorgeesehenen Regelung die am Donnerstag fällige Vorschußzahlung bis zur Hälfte schon am Dienstag zur Auszahlung zu bringen.

II.

Ueber die Kurzarbeiterunterstützung hat der Reichsarbeitsminister am 30. November ds. Js. mit Wirkung vom 1. Dezember ab folgendes verfügt:

„§ 3 der Anordnung über Art. Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter vom 24. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 995) erhält folgenden Wortlaut:

„Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und erzielen sie deswegen weniger als zwei Drittel ihres vollen Arbeitsverdienstes, so erhalten sie 40 v. H. des Unterschiedes zwischen ihrem Arbeitsverdienst und zwei Drittel des vollen Verdienstes als Kurzarbeiterunterstützung. Die Kurzarbeiterunterstützung vermehrt sich für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen um 10 v. H. dieses Unterschiedes, bis einschließlich des Arbeitsverdienstes zwei Drittel des vollen Verdienstes erreicht sind. § 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge findet mit der Maßgabe Anwendung, daß der Arbeitgeber auf Verlangen des Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises die Kurzarbeiterunterstützung einzufüllen hat, wenn die Bedürftigkeit nicht gegeben ist. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben, und auf Erfordern des Verwaltungsausschusses die Errechnung und Auszahlung der Unterstützung kostenlos zu besorgen.“

Notstandsarbeiter erhalten keine Kurzarbeiterunterstützung.“  
Calw, den 5. Dezember 1923.

Oberamt: G. S.

nen Sicherheiten in Gestalt von Nahrungsmittelbons, die auf Dollar zu lauten hätten, darauf bestehen, daß diese Bons unbedingt Vorzugsrecht vor allen anderen auswärtigen Verpflichtungen genießen sollen, die dem Reich jetzt auf Grund des Versailler Vertrages auferlegt sind. Mit dieser Frage wird die Reparationskommission befaßt, während gleichzeitig die Unterstützung des amerikanischen Vorschlages durch Großbritannien natürlich erwogen wird.

## Die französischen Rüstungskredite für die Kleine Entente.

Paris, 5. Dez. Ministerpräsident Poincaré hat heute Nachmittag in den vereinigten Senatsausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten Erklärungen über die Regierungsentwürfe zu den bekannten Krediten an die Länder der Kleinen Entente und Polen abgegeben. Diese Kredite belaufen sich nach den von der Kammer bereits angenommenen Entwürfen auf 400 Millionen Francs für Polen, 300 Millionen Francs für Südslavien und 100 Millionen Francs für Rumänien.

## Deutschland.

### Die Rentenmark und die Belastung des Grundbesitzes.

Berlin, 5. Dez. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, werden die Finanzämter gemäß den Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Okt. 1923 die sogenannten Festsetzungsscheide den belasteten landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen demnächst zugehen lassen. Bekanntlich hat die Deutsche Rentenbank durch eine mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung vom 15. Oktober an Grundbesitzer, die dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, eine auf Goldmark lautende Grundschuld in Höhe von 4 Proz. des Wehrbeitrages (§ 6, Abs. 1) erworben. Ferner ist durch die gleiche Verordnung den Industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben einschließlich der Banken (§ 9, Abs. 1) die Verpflichtung zur Ausstellung von Grundschuldverschreibungen auferlegt mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Industrie der gleiche ist wie bei der Landwirtschaft. Deckung für die Rentenbriefe und somit auch für die Rentenbankscheine ist daher schon jetzt vorhanden. Die Höhe des Betrages der einzelnen Schuld setzen die örtlich zuständigen Finanzämter nach Maßgabe der (in § 33) eingangs erwähnten Durchführungsbestimmungen fest und erteilen hierüber den Verpflichteten besondere Festsetzungsbescheide, die den Beteiligten in den nächsten Wochen bereits zugestellt werden.

### Weiterer Preisabbau in Berlin.

Berlin, 5. Dez. Auf dem heutigen Berliner Fleischmarkt setzten sich die Preisrückgänge fort. Am Schweinemarkt

senkte sich der Preis für einen Zentner Lebendgewicht von 140 auf 90 Goldmark. Die Preise für Rinder, Kälber und Hammel gaben etwas weniger nach; jedoch war auch hier ein stärkerer Preisabbau zu verzeichnen. In den verschiedenen Markthallen gingen die Preise für Getreide erheblich zurück. Margarine, die gestern noch zu 1.2 Bfl. Mark gehandelt wurde, kostete heute 80 bis 85 Pfg. Infolge des überaus starken Auftriebs von Vieh auf den Berliner Markt hat die Preisüberwachungskommission heute von der Festsetzung von Höchstpreisen für lebendes Vieh Abstand genommen.

Berlin, 5. Dez. Nach der „B. Z.“ dauert der Preisabbau an. Die für heute festgesetzten Großhandelspreise zeigten wieder einen Rückgang um 10 Proz., besonders für die meisten Kolonialwaren. Das Angebot der Waren überstieg vielfach die Nachfrage. Seit gestern ist der Markt auch wieder mit schwerem Vieh besetzt. Während sich die Preise für Milch, Butter und Gemüse im Allgemeinen auf der bisherigen Höhe hielten, sanken die für Geflügel, Eier und Obst beträchtlich.

Berlin, 6. Dez. Verhandlungen der Berliner Wucherpolizei mit dem Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins haben gestern zu einer neuen Senkung des Brotpreises geführt. Von heute ab beträgt der Preis für helles Brot 78 und für dunkles 74 Goldpfennig. Auf dem Berliner Schlachtviehmarkt ermäßigten sich gestern die Preise bei Rindern um 17 Proz., bei Kälbern um 35 Proz., bei Hammeln um 25 Proz. und bei Schweinen um 28 Proz. Die Wucherpolizei hat daraufhin den Rabatt aufgehoben. Auch die Gewinnspanne des Nahrungsmittelgroßhandels wurde gestern nach langen Verhandlungen mit Vertretern des Polizeipräsidiums erheblich herabgesetzt.

### Preisabbau auch im besetzten Gebiet.

Dortmund, 5. Dez. Seit gestern ist auch hier ein Sinken der Preise für nahezu alle Lebensmittel zu verzeichnen. Frisches Fleisch notierte 30 bis 50 Proz. niedriger. Bei Kolonialwaren und bei Obst beträgt die Preisenkung gegen 20 Proz. Ausländisches Schmalz und ausländischer Speck gingen im Preise 30 bis 40 Proz. zurück.

## Bermischte Nachrichten.

### Russische Hilfe für deutsche Kinder.

Moskau, 5. Dez. Die Liga zur Unterstützung deutscher Kinder zählt gegenwärtig über 10 000 Mitglieder.

### Ueberschwemmungs-Katastrophe in Italien.

Rom, 3. Dez. Der König hat sich in Begleitung des Ministers Carranza und des Unterstaatssekretärs Finzi nach dem von der Dammbruchkatastrophe in der Gegend von Bergamo betroffenen Ortspfanden begeben und besuchte verschiedene Punkte des Unglücksgebietes, sowie einige Krankenhäuser, in denen sich viele Verwundete und etwa 100 verstümmelte Tote befinden.

### Dyker einer Eisernachtstragödie.

Aus Neusatz in Ungarn wird folgender fürchterlicher Vorgang gemeldet: In einem Restaurant spielte eine Musikkapelle, deren Mitglieder russische Flüchtlinge waren. Die Gattin des Musikers Michael Poshodosenko unterhielt mit einem Kollegen ihres Mannes ein Liebesverhältnis, das die übrigen Russen begünstigten. Vor drei Tagen wurde Poshodosenko auf Verreiben seiner Frau entlassen. Am Freitag nacht erschien der Entlassene im Lokal. Seine Frau lag in der Nähe des Orchesters. Er trank ein Glas Wein, zog dann einen Revolver und schoß seine Frau nieder. In aller Ruhe zielte er dann auf die Musiker und feuerte weitere Schüsse ab. Alle Kugeln trafen. Zwei Musiker waren sofort tot, einer starb bald darauf. Vier andere haben so schwere Kopfverletzungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Polizisten wollten den Attentäter festnehmen, konnten aber nicht verhindern, daß er durch einen Revolvererschuß sich selbst entleerte.

### Die Martinsgans.

Folgendes „Wahres Geschichtchen“ wird in der Münchner „Jugend“ erzählt: In einer nieder-schlesischen Industriestadt. — Die brave Hausfrau hat eine sorgsam gerupfte Gans aus ihrem Küchenfenster im ersten Stock gehängt. Mancher Vorübergehende streift sie mit sehnsüchtigem Blick, zwei Männer betrachten sie wohlgefällig und erkunden die Gelegenheit. In der Nacht schleichen sie sich mit einer Leiter heran, und gerade ist der eine beschäftigt, sie abzuschneiden, während der andere die Leiter hält, als ein Schupoemantler auftaucht und mit der energischen Erkundigung, was das sei, ihr Vorhaben stört. „Unser Freund, der dort oben wohnt, hat morgen Geburtstag und da wollen wir ihm als Ueberraschung die Gans hinhängen,“ erzählt der unten. Das sei grober Unfug, den er nicht zulassen könne, erklärte der Hüter des Gesetzes. Worauf der oben auf der Leiter: „Weißt du was, Willem, dann nehmen wir die Gans einfach wieder mit und bringen sie ihm morgen ins Haus.“ — Schneidet sie kühl ab, die beiden nehmen ihre Leiter auf und verschwinden.



## Der Kleinwohnungsbau.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Städte.

Von Wolf Scheef, M. d. L.

Die Wohnungszwangswirtschaft ist am Zusammenbrechen. Ihre volkswirtschaftlichen Nachteile schreien nach Beseitigung. Der bauliche Zustand der Miethäuser beweist in der Richtung alles. Behördlicher Zwang führt aber auch auf diesem Gebiete nicht zum Glück. Das hat die letzte Vergangenheit bewiesen. Die Wohnungszwangswirtschaft tötet Mieter und Vermieter zwangsweise aneinander. Sie schuf tiefe Verbitte- rung, wo man sich auf dem Boden der Freiheit scheidlich-friedlich geeinigt hätte. Dazu kommt, landauf, landab, in Staat und Ge- meinde, in der Verwaltung und bei Gericht ein Behörden-Appa- rat, der Unsummen verschlingt, Unsummen, die ausgegeben wer- den für eine unproduktive Sache. Auch der wirklichkeitsfremdeste Idealist muß fühlen: so kann es nicht weiter gehen, zumal im Zeichen der Staatsvereinfachung und des Beamtenabbaus.

Man hebe die Zwangswirtschaft auf und setze an Stelle der behördlichen Bevormundung und Reglementierung wieder die Selbstverantwortlichkeit! Die planmäßige Aufhebung der Woh- nungszwangswirtschaft ist eine so elementare Forderung des Fortschritts im Wohnungswesen, daß man sich ihr auch im Reichsarbeitsministerium in Berlin, wo letzten Endes die Ent- scheidung fällt, auf die Dauer nicht verschließen wird. Es ist überhaupt erstaunlich, wie entschlußlos und programmlos die maßgebenden Berliner Stellen der ganzen Wohnungsfrage gegenüber stehen. Selbstverständlich bringt die Aufhebung dieser Zwangswirtschaft eine nicht unerhebliche Bewegung auf dem Wohnungsmarkt mit sich. Nicht wenige Familien sind bisher in einer für ihre Bedürfnisse reichlich großen Wohnung gebüben, weil der Mietzins verhältnismäßig geringfügig war und im Vergleich zu den übrigen Kosten der Lebenshaltung kaum ins Gewicht gefallen ist. Das würde sich wohl ändern, wobei selbst-

\*) Vorstehendem Aufsatz geben wir auf Wunsch seines aktuel- len Inhalts wegen Raum.

## Gieb keinen Auftrag nach auswärts,

den Du hier erledigen lassen kannst. Bedenke, daß jeder Auftrag, den Du am Platze erteilst, mit dazu beiträgt, die Zahl der Erwerbslosen zu ver- kleinern und damit auch die Bei- träge zur Erwerbslosenunterstützung.

verständlich Ueberforderungen ausgeschlossen bleiben müssen. Die Mietten werden sich bei der freien Wirtschaft den Selbstkosten anpassen, wie übrigens im wirtschaftlichen Leben alle andern Dinge auch, ein Umstand, der bezüglich der Mietten ja bekannt- lich in den derzeitigen steuerpolitischen Erwägungen des Reichs- finanzministers Luther eine Rolle spielt. Er trägt sich, wie aus den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats bekannt ist, mit dem Gedanken, für Zwecke der Reichsfinanzen die gegen bisher

entretende Erhöhung steuerlich stark zu fassen, eine Sache, die aber keineswegs geklärt ist. Aber ganz abgesehen davon wird die Angleichung der Mietten an die Selbstkosten auf die Dauer nicht unterdrückt werden können. In vielen Fällen wird diese Angleichung, insbesondere auch in Verbindung mit allgemein gebotenen Einschränkungen, Rücksicht auf Heizungskosten, allge- meine Ersparnis an Reinigungslosten usw., einen Umzug in klei- nere Wohnungen mit sich bringen. Der Bedarf an Kleinwoh- nungen, das heißt Wohnungen bis zu 3 Zimmern, wird also stark steigen.

Wenn man ernstlich an die Beseitigung der Wohnungs- zwangswirtschaft gehen will, so muß gleichzeitig diesem Umstand Rechnung getragen werden. Die Zwangswirtschaft aufzuheben, ohne den Vorrat an Kleinwohnungen gleichzeitig zu steigern, geht nicht und würde zu den schwersten Unzuträglichkeiten füh- ren! Nun befindet sich das Handwerk, insbesondere das Bau- werk, landauf, landab, in einer Krise und steht überall im schwersten Existenzkampf. Ihm angemessene Beschäftigung zu vermitteln, ist volkswirtschaftlich dringend geboten. Hat der Handwerker Arbeit und Verdienst, so wirkt das belebend auf die weitesten Kreise. Dasselbe gilt von der Baustoffindustrie. Schon vor dem Kriege war der Kleinwohnungsbau eine vorwiegend öffentliche Aufgabe. Mancherorts haben die Gemeinden auf diesem Gebiet Vorbildliches geleistet. Diese Tätigkeit muß wie- der aufgenommen werden. Die Vorbereitungen müssen schleunigst getroffen werden, um im zeitigen Frühjahr sofort beginnen zu können. Die jetzige Zeit starker Arbeitslosigkeit sowie die pro- duktive Erwerbslosenfürsorge ist für diejenigen Arbeiten, zu welchen keine besonderen Fachkenntnisse notwendig sind, wie Grabarbeiten, besonders günstig. Da es sich um die Schaffung produktiver Werte, um werbende Anlagen, handelt, so bietet die Aufbringung des Kapitals keine unüberwindlichen Schwierig- keiten. Möge man in den Stadtverwaltungen und Stadtverre- tungen die Zeichen der Zeit verstehen und dementsprechend handeln!

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw.  
Druck und Verlag der K. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw



Wenn Sie Ihrer Schaufenster-Ausstellung, die Sie doch auf

# Weihnachten

erneuern werden, Beachtung verschaffen wollen, so müssen Sie auf solche im Anzeigenteil dieses Blattes verweisen, denn Sie erhöhen dadurch die Zugkraft Ihrer Ausstellung.

## WIR DRUCKEN

PLAKATE, FORMULARE  
ZEITSCHRIFTEN, WERKE  
KATALOGE, ZIRKULARE  
PROSPEKTE ALLER ART  
SOWIE WERTPAPIERE

### A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

FERNSPRECHER NR. 9      LEDERSTRASSE NR. 151.



## Aktien

guter Unterwandl. preiswert zu verk.  
**Weber & Cie.,** Treuhand-  
gesellschaft, Freudenstadt.

---

### Fahren Sie nach Amerika



so kostet die Schiffskarte nach New-York III. Klasse 102.50 Dollar; II. Klasse von 125.— Dollar aufwärts. Nach Buenos-Aires (Argentinien) III. Klasse Kammer 16 engl. Pfund, im Wöhrdeck 14 Pfund; ein Kind unter 1 Jahr nichts; von 1-5 Jahren ein Viertel und von 5-10 Jahren die Hälfte des Fahrpreises. Falls Ihre Verwandten die Preise bezahlen, (prepaids) und für Nordamerika Bürgschaft stellen müssen, (attidavits), so bedienen Sie sich der kostenlosen Auskunft durch die Vertretung der

### Hamburg - Amerika - Linie

in Calw: Paul Ojpp, Marktpl. 15. Fernspr. 99  
Geschäftsstunden: 10-12 und 3-5 Uhr.  
(Sonst Panoramastraße.)

Empfehle meine  
**vorzüglichen  
Gierleigwaren**  
zum Preis von 80 Pfg.  
bei werbeständiger  
Zahlung 65 Pfg.  
**Hermann Schnürle.**

Ab morgen frische  
**Seefische**  
**Fritz Freudenberger.**

3 neue  
**Fenster**  
85x120 cm, verkauft oder  
verkauft geg. Lebensmittel  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

Frishen  
**Zwieback**  
empfiehlt  
**Hermann Schnürle.**

Regenschirm verloren.  
Von der oberen Markt-  
straße durch Badgasse zum  
Bahnhof ging am Montag  
Abend ein guter Regenschirm  
verloren. Der Finder wird  
gebeten denselben in der Ge-  
schäftsstelle d. Bl. abzugeben.

**Durchschlag-  
papiere  
Abzugpapiere**  
G. Köbele, Nagold  
Fernsprecher 126.

**Weißmehl,  
Brotmehl  
und  
Roggenmehl**  
empfiehlt  
zum billigt. Tagespreis.  
**Karl Gehring,  
Mehlbldg., Lederstr.**